

PINNEBERG aktuell

Newsletter der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Ausgabe 3/Jahrgang 2014

www.cdu-kreistag-pinneberg.de

EDITORIAL



Liebe Parteifreunde!

Der Sparsame darf nicht der Dumme sein!

„Ohne Moos nichts los“, diese etwas flapsige Redensart ist wohl Jedem von uns geläufig. Dank der boomenden Wirtschaft ist der Kreis Pinneberg in der Lage, das Jahresergebnis mit einem kräftigen Plus abzuschließen. Und dennoch wird uns in den nächsten Monaten, vielleicht sogar in den kommenden Jahren ein Thema mehr beschäftigen als jedes andere: Der Kommunale Finanzausgleich!

Vor einem Monat tagte die Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages in Uetersen. Dort bekräftigten die Delegierten in der sogenannten Uetersener Erklärung ihre Forderungen an die Landesregierung und den Landtag, für eine verteilungsgerechte und aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen in Schleswig-Holstein zu sorgen – zu Recht. Insgesamt neun Kernforderungen haben die Delegierten des Landkreistages, unter ihnen unser stellvertretender Landrat, Manfred Kannenbäumer und Kreispräsident Burkhard E. Tiemann (beide CDU), aufgestellt.

Die Vertreter der Kreise fordern u.a. die Abgeordneten des Landtages auf, für gleichberechtigte Entwicklungsmöglichkeiten in allen Landesteilen einzutreten und damit für annähernd vergleichbare Lebensbedingungen in den Kreisen im Vergleich zu den großen Städten zu sorgen. Die Kreise müssen auch wieder in die Lage versetzt werden, die ihnen von Bund und Land übertragenen Pflichtaufgaben, insbesondere im Jugend- und Sozialbereich im Kern auch mit staatlichen Finanzausweisungen bestreiten zu können. Darüber hinaus fordert der Landkreistag, dass das Land den 120 Millionen Euro-Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich wieder rückgängig macht. Gleichzeitig müssen die vom Bund zugewiesenen Entlastungen bei der Grundsicherung in voller Höhe an die Kommunen weitergeleitet werden.

Eine angemessene Finanzausstattung muss sich am objektiven Bedarf orientieren und kann nicht vom Ausgabewillen der Kommunen bestimmt sein. Anderenfalls würden alle Konsolidierungsmaßnahmen der Kreise, die in den vergangenen Jahren mit zum Teil schmerzhaften Einschnitten bei der Daseinsvorsorge und im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung verbunden waren, wieder ad absurdum geführt werden. Der Sparsame darf nicht der Dumme sein! Wenn der Kreis gezwungen wird, seine ohnehin knap-

pen freiwilligen Leistungen zusammenzustreichen, bleibt nur noch eine leere Verwaltungshülse übrig. Nach sorgfältiger Auswertung des mittlerweile 3. Gesetzentwurfes bleiben noch erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des vorgelegten Novellierungsentwurfes. So wurde den erheblichen Unterschieden zwischen dem Hebesatzniveau der kreisfreien Städte und des kreisangehörigen Raums bisher nicht ausreichend Rechnung getragen. Schon am 06.12.2013 hat der Landesrechnungshof festgestellt, dass die isolierte Berücksichtigung der erst ab 2014 vollständig eintretenden Entlastungen der Kommunen durch Kostenübernahme des Bundes für die Grundsicherung, gegen das Gebot der Folgerichtigkeit und Widerspruchsfreiheit verstoße. Deshalb wird der Landtag in der Uetersener Erklärung aufgefordert, den vorgelegten Gesetzentwurf grundsätzlich zu hinterfragen und im Interesse des Erhalts der Lebensfähigkeit des ländlichen Raums deutlich nachzubessern.

Auch ich habe kein Verständnis dafür, dass die Forderung nach Erhalt der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Kreisen und in den kreisfreien Städten und die damit einhergehende Stabilisierung der Daseinsvorsorge in den Kreisen nach wie vor nicht erfüllt werden soll, wenn es nach Innenminister Andreas Breitner (SPD) geht.

3,5 Millionen Euro will dieser dem Kreis Pinneberg jährlich abknöpfen. Diesen Betrag einfach über die Kreisumlage wieder hereinzuholen, entspricht nicht meinen Vorstellungen. Das Ziel muss sein, für einen aufgaben- und verteilungsgerechten Finanzausgleich in Schleswig-Holstein zu sorgen, der von einem breiten Konsens getragen wird. Davon sind wir noch meilenweit entfernt. Es muss aber gemeinsam ein Weg gesucht werden, wie sowohl der städtische Bereich, als auch der ländliche Raum die Herausforderungen der Zukunft meistern können. Sollten Landesregierung und Landtag aber weiter unbeweglich bleiben, bleibt den Kreisen nichts anderes übrig, als eine Verfassungsklage anzustrengen, denn sie dürfen am Ende des Tages nicht die Verlierer der Reform sein.

Herzlichst, Ihre
Heike Beukelmann

Ehrung für Burkhard E. Tiemann

Nachdem Burkhard E. Tiemann (CDU), Kreispräsident, bereits im Januar dieses Jahres mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde, wurde ihm nun eine weitere Ehrung zuteil.

Der stellvertretende Kreispräsident, Dietrich Anders (SPD), ehrte Tiemann und den SPD-Abgeordneten, Hans Peter Stahl, in der letzten



Burkhard E. Tiemann (r.) gemeinsam mit Dietrich Anders (Mitte) und Hans Peter Stahl (l.)

Kreistags-sitzung, am 25. Juni, für jeweils 20 Jahre Mitgliedschaft im Pinneberger Kreistag.

Bereits elf Jahre ist Tiemann als Kreispräsident tätig und vertritt

den Kreis Pinneberg bei vielen offiziellen Terminen im Jahr. Außerdem leitet er die Kreistagssitzungen.

Gelobt wurde Tiemann für seinen großen ehrenamtlichen Einsatz, der seine persönlichen Belange oft hintenanstellt.

„Meine Aufgabe macht mir trotz der manchmal vielen Termine sehr viel Freude“, so Tiemann in seiner kurzen Ansprache. Zum Teil sei er



Heike Beukelmann beglückwünscht Burkhard E. Tiemann im Kreistag

am Wochenende auf vier oder fünf Terminen eingeladen. Grußworte und Reden gehörten dazu.

Heike Beukelmann, Fraktionsvorsitzende der CDU-Kreis-

tagsfraktion, ließ es sich nicht nehmen, auch ein kleines Präsent und ein großes Dankeschön zu überbringen.

KS

Wir wünschen allen Lesern eine schöne und entspannte Sommerzeit!

Heidewegschule wird erweitert

Dringender Handlungsbedarf an der Heidewegschule, der Schule für körperlich und geistig behinderte Kinder in Appen-Etz.



Kerstin Seyfert

Nachdem bereits zwei Container aufgestellt wurden, um dem Zuwachs an Schülern gerecht zu werden, ist die Kreisverwaltung nun beauftragt, eine Planung zum An- und Ausbau der Heidewegschule vorzulegen. Der Bau aus dem Jahr 1978 bedarf neben dem Ausbau zusätzlich dringender Sanierungs-

maßnahmen. Steigende Schülerzahlen von jetzt 117 Schülern, in dreizehn Klassen, sind der Grund für einen Anbau von drei zusätzlichen Klassenräumen. Außerdem wird ein weiterer Werkraum benötigt. Zum Schuljahr 2014/2015 rechnet der Schulleiter, Henning Schwarz, bereits mit 123 Schülern.

Die Sporthalle, die eigentlich eine Gymnastikhalle mit deutlich niedriger Deckenhöhe ist, muss vergrößert werden. „Es ist nicht einmal eine Einfeld-Sporthalle, darum ist ein normaler Sportunterricht mit Ballspielen nicht möglich“, erklärt Kerstin Seyfert, bildungspolitische Sprecherin der CDU-Kreistagsfraktion.

Zusätzliche Mitarbeiter, neben Lehrern auch Sozialpädagogen und Schulbegleiter, benötigen außerdem ein größeres Lehrerzimmer. Zum Schulbau in den siebziger Jahren war es für 30 Mitarbeiter ausgelegt, schon jetzt sind an der Heidewegschule 50 Mitarbeiter tätig.

Auch die Lehrküche entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Sanitäreinrichtungen sowie Wasser- und Stromleitungen müssen saniert werden.

„Vor uns liegt eine große Aufgabe“, so Seyfert. „Wir sind uns der Verantwortung, insbesondere aufgrund der besonderen Anforderungen dieser Schule durchaus bewusst.“ Darum wolle man eine schnelle und zügige Umsetzung des Vorhabens. Geplant sei eine dreijährige Bauzeit. Die CDU-Fraktion habe bereits ein einstimmiges Votum zur Umsetzung der Baumaßnahmen abgegeben.

In welchem finanziellen Rahmen das Bauvorhaben liegen wird, wird im nächsten Schule-, Kultur- und Sportausschuss, am 10. Juli, bekannt gegeben. Die Verwaltung wird dann konkrete Zahlen auf den Tisch legen.

KS

Abgeordnetenwort...

Bahnhalte in Tornesch, K22, Kreishaushalt und Neubau Kreisberufsschule in Pinneberg

Liebe Leser,
zur Sommerpause möchte ich Ihnen einige Informationen zu aktuellen Themen geben. Zunächst komme ich zu der Erhöhung der Zahl der Bahnhalte in Tornesch. Früh morgens ist der Bahnsteig in Tornesch Richtung Hamburg überfüllt. Dies, obgleich die Taktung in den Hauptverkehrszeiten verdichtet ist. Auch in den nachfrageärmeren Zeiten sieht auf den ersten Blick die Anbindung von Tornesch an Hamburg nicht schlecht aus: alle 30 Minuten fährt ein Zug in Richtung Hamburg. Schaut man genauer hin, so verschlechtert sich das Bild gravierend. Die Züge fahren mal nach Altona, dann nach Hamburg-Hauptbahnhof. Der Bahnkunde hat somit in der Praxis nur alle 60 Minuten für sein Ziel eine Zug-abfahrt. Dieser Rhythmus ist zur Versorgung der Bahnkunden mit ei-nem Einzugsbereich von ca. 30.000 Bür-gern aus



Erhard Wasmann

Tornesch, Uetersen, Moorrege, Heidgraben, der Marsch und auch aus dem Raum Ellerhoop nicht angemessen.

Die "Große Politik" hat inzwischen die Bedeutung dieses Themas erkannt. Am 10. April 2014 fand in Brunsbüttel eine Tagung u.a. zu diesem Themenfeld statt.

Es ging um das Regionale Entwicklungs-konzept REK A23/B5-Westküste. Allseits Einigkeit bestand hinsichtlich der Feststellung, dass die Versorgung der Bahnkunden aus dem Bereich Tornesch verbesserungswürdig sei. Der Vertreter der Regierung in Kiel sprach sich für den Ausbau der Gleisanlagen aus. Die Generalbevollmächtigte der Bahn war gegen einen Ausbau, da durch die Fehmarnbeltquerung mittelfristig weniger Güterverkehr auf dem Streckenabschnitt Elmshorn/Hamburg erwartet werde und dann mehr Raum für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sei. Kiel wird den Ausbau der Gleisanlagen zum neuen Bundes-Verkehrswegeplan anmelden. Dies ist eine langfristige Option.

Kurzfristig würde der Einsatz von anzugsstarken Lokomotiven mehr Bahnhalte in Tornesch ermöglichen. Es könnten, wie schon lange von

der Stadt Tornesch gefordert, Regionalzüge in Tornesch halten und eine gute und kostengünstige Lösung des Problems ermöglichen. Nur der Druck aus der Region kann etwas bewirken. Ich begrüße daher die Mitte Juni begonnene Unterschriftenaktion. Eine Bürgerin sammelt morgens in Tornesch auf dem Bahnsteig bei den Bahnkunden Unterschriften mit dem Ziel, die Listen in Kiel vorzulegen. In der Presse fand diese Aktion bereits Aufmerksamkeit.

Zu dem Thema Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gehört auch der Bau der Kreisstraße K22 vom Wischmühlenweg in Uetersen über die schon ausgebaute Kreuzung in Tornesch-Esingen (höhengleiche Querung der Pinneberger Straße) und der sich anschließenden Untertunnelung der Bahntrasse mit Anschluss an den schon ausgebauten ersten Teil der K22, bis zum Kreisel der Ahrenloher Straße in Tornesch. Der Ausbau der Straße ist notwendig, um den zügigen Schwerlastverkehr von Uetersen zur Autobahn zu ermöglichen, und um eine Entlastung des Ossenpadd in Uetersen sowie des Torneschener Weges und der unteren Ahrenloher Straße, in Tornesch, zu bewirken. Diese Straßenzüge ersticken morgens und nachmittags im Verkehr - kein Wunder bei einer Fahrzeugdichte von über 20.000 Pkws mit überdurchschnittlich hohem Lkw-Anteil. Am Ossenpadd in Uetersen sind als Anlieger besonders der Kindergarten und das gegenüberliegende Schulzentrum betroffen. Der Planfeststellungsbeschluss aus Kiel ist bereits mehrfach in Aussicht gestellt und soll nun im 2. Halbjahr 2014 fertiggestellt werden. Im Interesse der Verkehrssicherheit ist der Beginn der Arbeiten dringlichst!

Eine Bürgerinitiative in Esingen wendet sich gegen den Ausbau der K22. Diese Initiative kann sich als Erfolg zuschreiben, ein ursprünglich geplantes Brückenbauwerk über die Bahntrasse verhindert und den Bau eines Tunnels erreicht zu haben. Ausdrücklich möchte ich darauf hinweisen, dass mit der K22 kein neuer Autobahnzubringer gebaut wird. Die obere Ahrenloher Straße muss vom Kreisel bis zur Autobahn auch weiterhin den gesamten Verkehr der unteren Ahrenloher Straße und der K22 aufnehmen. Aber die Stauanfälligkeit auf der bisherigen Trasse mit über 10 Ampeln wird gemindert, und, ebenso wichtig, die vielen Anlieger werden weniger Straßenlärm ertragen müssen und die Sicherheit des Schulwegs Ossenpadd wird erhöht.

„Eine Bürgerinitiative für die K22 - Ein Herz für die K22“ hat in kurzer Zeit über 1.000 Unterschriften gesammelt. Diese Listen werden in Kiel dem Minister für Verkehr vorgelegt werden. Die Ratsversammlungen Tornesch und Uetersen hatten dem Pinneberger Kreistag Re-

solutionen für den Bau der K22 vorgelegt. In der Kreistagssitzung vom 14. Mai 2014 wurde in Anwesenheit der Bürgermeister von Tornesch und Uetersen an die Parteien die Frage gerichtet, was jede "Partei unternehme, um den zwischen den Städten Tornesch und Uetersen sowie dem Kreis Pinneberg geschlossenen Vertrag nach ergangenem Planfeststellungsbeschluss" zu erfüllen.

Klaus Bremer (FDP) erklärte, er glaube nicht an einen Planfeststellungsbeschluss, solange die Arbeiten an der A20 liefen. Helmut Kruse (Bündnis 90/Die Grünen) ließ vernehmen, dass angesichts der Kassenlage ein Bau in absehbarer Zeit nicht realistisch sei. Helmut Birke (SPD) sagte, diese sei immer für den Bau der K22 gewesen, jedoch nur nach Vorliegen eines rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlusses, also erst nach Durchlaufen der Gerichtsinstanzen (gegen den 1. Planfeststellungsbeschluss war erfolgreich von Anliegern geklagt worden; die Planfeststellungsbehörde hatte damals eine wesentliche Änderung der Planung vorgenommen und war vor Gericht aus formellen Gründen unterlegen).

Unser Kreistagskollege, Thorben Langhinsch, bezog sich auf den bereits länger vorliegenden Kreistagsbeschluss für den Bau der K22 und erklärte, dass die anderen Fraktionen im Dezember 2013 für das laufende Haushaltsjahr die Planungsmittel auf 100.000 Euro gekürzt und die frei werdenden Mittel anderweitig verwendet hätten – u.a. für den Bau der neuen Sporthalle des EMTV in Elmshorn. Sowie der Planfeststellungsbeschluss vorliege, würden Ausbau und Bereitstellung der Mittel im Kreistag zur Abstimmung gebracht.

Der Kreis hat sich zur Haushaltskonsolidierung gegenüber Kiel verpflichtet und steht unter dem "Rettungsschirm". Die Haushaltskonsolidierung wird auch fortgeführt. Darüber wacht die CDU-Fraktion. Auch der Schuldenabbau, als eine Frage der Generationengerechtigkeit wird vorangetrieben. Da Kiel die Vorlage des Planfeststellungsbeschlusses für das 2. Halbjahr 2014 zugesagt hat, müsste Kiel auch der Einstellung in den Kreishaushalt zustimmen.

Und zu guter Letzt die erfreuliche Nachricht: Der 1. Bauabschnitt des Neubaus der Kreisberufsschule in Pinneberg, wird zum Schuljahresbeginn 2014/2015 fristgerecht bezugsfertig sein. Die Schüler erhalten ein modern ausgestattetes Lernumfeld. Die Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport, Kerstin Seyfert (CDU), bedankt sich bei allen Beteiligten, die das Vorhaben unterstützt haben.

Ich wünsche allen Lesern eine angenehme Sommerzeit!

Ihr Erhard Wasmann

Wer ist...

Nicolas Sölter?

Liebe Leserinnen und Leser, mein Name ist Nicolas Sölter. Geboren wurde ich 1988 in Elmshorn und bin meiner Heimatstadt bis heute treu geblieben. Schon vor meinem Abitur an der Bismarckschule Elmshorn war ich politisch aktiv: Mit 15 Jahren trat ich der Jungen Union bei, mit 16 Jahren der CDU. Hier ging ich erste kommunalpolitische Schritte als bürgerliches Mitglied im Sozialausschuss der Stadt Elmshorn. Nach dem Besuch einer High-School in Buffalo (Bundesstaat New York) und dem Abitur folgte ein freiwillig verlängerter Wehrdienst von 13 Monaten bei den Fallschirmjägern im niedersäch-



Nicolas Sölter

sischen Seedorf – eine Auszeit vom Bildungsapparat, die mir sehr guttat.

Wer mich kennt, der weiß, dass ich einen Hang zu Diskussionen habe. Entsprechend früh war ich mir über meine Studienwahl im Klaren: Jura musste es sein! Hier tat es mir Heidelberg als älteste Universität Deutschlands ganz besonders an, sodass mich mein Weg in die schöne Kurpfalz führte. Schnell wurde mir aber klar, dass mich das Studium allein nicht erfüllt. Bei der JU Schleswig-Holstein stand ein völliger personeller Neustart an – die Entscheidung, Heidelberg nach der Zwischenprüfung wieder zu verlassen, war getroffen.

Seit nunmehr drei Jahren studiere ich an der Universität Hamburg – und warte aktuell auf die Ergebnisse meines schriftlichen Examens. Der Schwerpunkt Völker- und Europarecht hat mir so viel Spaß gebracht, dass ich nach meinem Abschluss (so es die Noten denn zulassen) in diesem Bereich voraussichtlich promovieren werde. Bereits seit zwei Jahren arbeite ich als Lektor der Zeitschrift „Europarecht“ an einem Hamburger Lehrstuhl. Nebenbei darf ich meinen Horizont als Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung durch Seminare und Exkursionen erweitern und so auch Studenten anderer Fachrichtungen kennenlernen.

Neben dem Studium hat sich ein Sammelsurium an Ehrenämtern angehäuft. Als gesellschaftspolitischer Sprecher gehöre ich dem

Bundesvorstand der Jungen Union an. Der Blumenstrauß an Themen ist hier kaum zu überschauen, die vergangenen Monate waren aber natürlich von der Rentenreform der Großen Koalition geprägt, zu der wir als Junge Union frühzeitig einen Alternativvorschlag für einen flexiblen Renteneintritt eingebracht haben.

In der JU Schleswig-Holstein engagiere ich mich als Landesvorstandsmitglied seit bald vier Jahren als Pressesprecher. In dieser Funktion (und als Beschwerdeführer) konnte ich auch die spannende Phase um den Verfassungsgerichtsprozess zu den Privilegien des SSW im vergangenen Jahr begleiten.

Als Kreistagsabgeordneter gehöre ich zu den „Greenhorns“ der Fraktion. Nach einem Amtsjahr sind für mich viele Vorgänge noch immer neu, gerade deswegen aber umso interessanter. Als ordentliches Mitglied vertrete ich die Fraktion im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren, als 1. Stellvertreter außerdem im Wirtschaftsausschuss.

Kein Ehrenamt sollte Selbstzweck sein. Hauptantrieb meines Engagements in der Union war und ist eine generationengerechte Politik. Ich fand es schon immer schlicht arrogant, dass die jetzige Generation durch die Aufnahme von Schulden oder den Verschleiß der Infrastruktur auf Kosten einer Generation wirtschaftet, die durch den dramatischen demografischen Wandel und den Druck der Globalisierung ohnehin genug schultern müssen. Jedes neue Vorhaben sehe ich daher zunächst unter dem Aspekt der Finanzierbarkeit. Das ist gerade im sozialen Bereich oft hart, doch bin ich davon überzeugt, dass viele Menschen diese glaubwürdige Haltung der **CDU** honorieren.

An „dem Deutschen als solchen“ stört mich der schnelle Ruf nach dem Staat. Hier möchte ich meine Vorstellungen von Staat und Gesellschaft einbringen. Eine Partei, die das „C“ in ihrem Namen trägt, sollte immer erst einmal fragen, ob der Bürger die Probleme nicht besser selbst lösen kann. Diese liberale Seite der Union hat nach dem Ausscheiden von Friedrich Merz aus der Politik leider an Strahlkraft verloren. Ich möchte mich für dieses Bild eines wahrhaft mündigen Bürgers einsetzen, sei es, indem ich mich als gesellschaftspolitischer Sprecher der Jungen Union Deutschlands gegen die Frauenquote einsetze, sei es, indem ich zusammen mit anderen Fraktionskollegen im Sozialausschuss des Kreises nicht jeden neuen Beauftragten und nicht jedes neue Projekt befürworte. Denn für einfache Antworten ist die SPD zuständig.

Ihr *Nicolas Sölter*

CDU-Fraktion unterwegs...

CDU-Teilfraktion besucht die Peter Kölln KGaA

Im Juni besuchte die Teilfraktion für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr der CDU-Kreistagsfraktion die Peter Kölln KGaA in Elmshorn.

Jörn Kruse, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion erklärt: „Unser Besuch bei einem der größten Arbeitgeber des Kreises hat verdeutlicht, wo der Schuh für die Pinneberger Wirtschaft drückt.“ Peter Kölln sei schließlich in Deutschland Marktführer für Müslis und Cerealien und als produzierender Betrieb auf eine komplexe Logistik angewiesen. Das drohende Verkehrschaos um den A7-Ausbau, den verschleppten Bau der A20 und das Nadelöhr Elbtunnel erlebe dieses Unternehmen als echten Standortnachteil.

„Wir wollen alles dafür tun, innovative und sozial- und ökologisch verantwortungsvolle



Mitglieder der CDU-Fraktion mit Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann (v., Mitte)

Unternehmen, wie die Firma Peter Kölln im Kreis Pinneberg zu halten und setzen und deshalb für eine zügige

Umsetzung der Großvorhaben im Bereich Infrastruktur ein.“

An das gemeinsame Gespräch mit Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann, geschäftsführender Gesellschafter der Peter Kölln KGaA, schloß sich ein Besuch der Produktionsanlagen an.

NiS/KS

Impressum

Herausgeber:
Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger
Kreistag
Redaktion und Produktion:
Kerstin Seyfert
Redaktionsadresse:
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Lindenstrasse 19 • 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927
Fax: 04101 / 591761
Email: newsletter@cdu-kreistag-pinneberg.de
www.cdu-kreistag-pinneberg.de
Fotos: CDU